

der damaligen Friedensbewegung in Europa, eine Völkerkonferenz über Abrüstung und Friedenssicherung an, wobei sich die Begründungen für die Notwendigkeit einer solchen Konferenz aus heutiger Sicht durchaus nicht veraltet ansehen. Dülffer beleuchtet ein wenig den innenpolitischen Hintergrund in Rußland, vor dem die Initiative von Nikolaus II. zu interpretieren ist. Bezeichnenderweise gab es für diese Initiative eine sehr zwiespältige Aufnahme: »Daß offizielle Bekundungen und die tatsächliche Meinung auseinanderklaffen, ist zumal in der Diplomatie selbstverständlich. Selten dürften jedoch die Antworten der Regierungen so weit von ihrer wahren Einschätzung abgewichen sein« wie bei dieser Note (S. 39). Während sie nämlich in ihren offiziellen Antworten den Zaren für seine Initiative z. T. überschwänglich beglückwünschten, waren die Regierungen intern höchst irritiert über diesen Vorstoß, der sie unter Druck der Friedensbewegung und unter Erfolgswang stellte. Obwohl die russische Diplomatie in den folgenden Wochen die Angelegenheit eher wieder etwas herunterspielen wollte, jedenfalls keine weiteren Präzisierungen vornahm, entwickelte sich das Konferenzprojekt mit — aus heutiger Sicht — atemberaubendem Tempo. Denn trotz vieler Probleme in der Vorverhandlungsphase (z. B. wegen einer möglichen Teilnahme des Papstes) nahm die Konferenz knapp neun Monate nach dem ersten Anstoß dazu ihre Arbeit auf. In Rüstungsfragen gab es (fast) keinen Erfolg, wohingegen immerhin einige institutionelle Sicherungen für friedliche Streitbelegungen durch Schiedsgerichtsbarkeit konstruiert werden konnten.

Wenn es auch nicht immer leicht zu lesen ist, weil die Darstellung sehr dicht mit Informationen bepackt wurde, so stellt das nach dem »narrativen« Konferenzbericht vergleichsweise »strukturanalytische« Kapitel über die Positionen wichtiger Nationalstaaten zum Konferenzprojekt doch eine recht spannende Lektüre dar. Die diplomatischen Aktionen, Perzeptionen und Stilmuster der deutschen, britischen und französischen Diplomatie werden vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen innen- und außenpolitischen Situationen dargestellt. Einmal mehr wird der erstaunliche Dilettantismus der nach-bismarckschen Außenpolitik und ihrer Entscheidungsträger deutlich — Kaiser Wilhelm II., Holstein, Bülow. Nicht daß sie Machtpolitik zu treiben versuchten, ist bemerkenswert (das unterschied sie von Politikern anderer Nationen keineswegs), sondern daß sie es so häufig an Augenmaß fehlen ließen und daß ihre Perzeptionen, ob sie nun besonders dümmlich (Wilhelm II.) oder sozusagen superschlau (Holstein) waren, die politische Realität so deutlich verfehlten.

In der Entwicklung auf die zweite Haager Konferenz zu ist für Dülffer die Ausbildung eines inneramerikanischen Mächtesystems als Gegengewicht zum europäischen Mächtesystem am bemerkenswertesten, und er wendet sich diesem für die weitere Geschichte des 20. Jahrhunderts ja auch höchst bedeutungsvollen Vorgang derart nachdrücklich zu, daß der Leser zuweilen etwas Mühe hat zu folgen.

Mit einem »Stoßseufzer der Erleichterung« wird, mutmaßt der Autor in seinem kurzen Nachwort (S. 356), mancher Leser die Lektüre seines Buches beenden. Es ist übrigens die gekürzte (!) Fassung seiner Kölner Habilitationsschrift. Schwerarbeit ist die Lektüre in der Tat (wozu auch das Malheur mit der Fußnoten-Numerierung S. 73 bis 99 das Ihre beiträgt). Aber danach weiß man auch mehr über ein Schlüsselthema der internationalen Politik des 20. Jahrhunderts.

Wilfried von Bredow

Roland Baier, *Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik (= Dissertationen zur neueren Geschichte 8)*, in Komm. bei Böhlau Verlag, Köln/Wien 1980, XX, 766 S., brosch., 98 DM.

Es gibt viele und gute Argumente, sich mit den preußischen Ostprovinzen zu beschäftigen, nicht zuletzt das, den Vorsprung einzuholen, den mittlerweile die west- und süddeutsche

Lokal- und Regionalgeschichtsschreibung gewonnen hat. An kleinräumigen, mikroanalytischen, aber auch an interregional vergleichenden Arbeiten, die sich moderner sozial- und wirtschaftshistorischer Methoden bedienen, herrscht vor allem für die Epochen des 19. und 20. Jahrhunderts ein empfindlicher Mangel, und die Forschung über den Osten droht das zu werden, was jener damals tatsächlich war: ein relativ unterentwickeltes Gebiet. So sehr man zunächst die lange überfällige Abkehr von einer überwiegend preußenzentrierten Betrachtungsweise begrüßen mochte, so wenig gerechtfertigt erscheint es, nun in das andere Extrem zu verfallen, das östliche Deutschland systematisch auszuspüren und der DDR-Historiographie das Feld allein und konkurrenzlos zu überlassen, die gerade hier ihre Anstrengungen in den letzten Jahren merklich intensiviert hat und in Zukunft, wenn man jüngsten Verlautbarungen Glauben schenken darf, noch weiter intensivieren wird. Gewiß, für bundesdeutsche Historiker ist die Abhängigkeit von den Quellenbeständen in den Archiven der DDR und der Volksrepublik Polen sowie der nicht immer ganz durchsichtigen Genehmigungspraxis der jeweils zuständigen Archivverwaltungen bisweilen einigermaßen hinderlich, aber völlig unüberwindbare Barrieren sind das, wie die Erfahrung lehrt, nicht. Notwendig sind vorerst nicht so sehr großflächige Untersuchungen aus der Vogelschau mit komprimierten Thesen und hochaggregierten Daten, als vielmehr Fallstudien, zeitlich, räumlich und thematisch klar begrenzte Vorhaben, um im Längs- oder Querschnitt die vielfältigen Disparitäten auszuleuchten, die Ungleichzeitigkeiten und den insgesamt beträchtlichen Grad an struktureller Rückständigkeit mit all den daraus resultierenden sozialen und politischen Verwerfungen, Spannungs- und Konfliktpotentialen.

So gesehen, dürfte ein Buch, das Aufklärung über den »deutschen Osten als soziale Frage« verspricht, von vornherein der Aufmerksamkeit sicher sein. Das anfängliche Interesse erlahmt jedoch bald und schlägt in Enttäuschung um. Roland Baier versucht, nationale und soziale Gesichtspunkte miteinander zu verknüpfen, eine Perspektive, die so neu und originell, wie er glauben machen möchte (S. VII), allerdings nicht ist, wie überhaupt seine Fragestellungen sich zu aktuellen sozialgeschichtlichen Ansätzen bemerkenswert abstinent verhalten. In drei ausladenden, teils ermüdend weitschweifigen Abschnitten schildert er zum einen die gegen das polnische Bevölkerungselement gerichtete Ansiedlungspolitik vor 1914, zum andern Volkstums- und Minderheitenprobleme in der Anfangsphase der Weimarer Republik und schließlich — unter den Bedingungen des 1919 verabschiedeten Reichssiedlungsgesetzes — Aspekte der ländlichen Siedlung, deren Möglichkeiten im Sinne eines Beitrages zur »Gesundung Ostdeutschlands« (S. 270) der Autor, ähnlich wie vor ihm so mancher Zeitgenosse, zu überschätzen geneigt ist. Zugang zu Archiven der DDR ist ihm nicht gewährt worden, ein Umstand, der ihm zwar nicht anzulasten ist, der aber doch seine Materialbasis empfindlich eingeschränkt hat. Vielleicht war es dies, was ihn — sozusagen als »Kompensation« — dazu verführt hat, seinen Bericht immer wieder ausufernd und seine Argumentation aus dem Bedürfnis heraus, alles und jedes wenigstens einmal anzutippen, zerfasern zu lassen. Eine Straffung, ein Weniger an Breite und dafür ein Mehr an Tiefe, hätte der Sache ohne Zweifel ebenso gutgetan wie eine gründliche Ausbesserung von Irrtümern, von denen einer etwa die preußische Gesindeordnung anstatt auf 1810 auf 1854 datiert (S. 316) oder ein anderer die USPD erst im März 1919 aus der Regierungsverantwortung ausscheiden läßt (S. 333). Die Verdienste des Buches liegen nicht primär in der Erschließung bislang unbekannter Quellen, sondern eher in einer, freilich nicht überall geglückten, Aufbereitung und Zusammenfassung von Gesetzesinitiativen und regierungsamtlichen Positionen, von Stellungnahmen der beteiligten oder betroffenen Interessenten sowie in der tabellarischen Aufschlüsselung statistischer Materialien. Prinzipiell weiterführende und künftige Forschungsaktivitäten stimulierende Erkenntnisse und Einsichten kann eine derartige Bestandsaufnahme naturgemäß nicht bieten, und des Verfassers hier und da zu beobachtende Ausflüge in verdünnte Allgemeinplätze und moralisierendes Raisonement wirken ausgesprochen ärgerlich (ein schönes Beispiel dafür die Bemerkungen über »Mitteleuropa« auf S. 229).

Jens Flemming